Deutsche Rundschau in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 5 500 000 Mark. In den Ausgabestellen monatl. 5 000 000 Mk. Bei Postbezug monatl. 5 486 000 Mk. Unter Streifb. in Polen monatl. 9 000 000 Mk. Danzig 2,5 Guld. Deutschl. 2,5 Rmk. Einzelnummer 300 000 M., Sonn- u. Feiertags 350 000 M. Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung od. Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitg. od. Rückzahlg. d. Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 200 000 Mark, die 90 mm breite Reklamezeile 1 000 000 M. Danzig 15 bz. 75 Dz. Pf. Deutschland 15 bzw. 75 Goldpfg., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 500 000 Mk. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postscheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157

Nr. 55. Bromberg, Donnerstag den 6. März 1924. **48. Jahrg.**

Die Lage in Frankreich.

Außerhalb Frankreichs, namentlich aber in weiten Kreisen Deutschlands, wird der gegenwärtige Pariser Regierungschef Poincaré als der Urheber und Träger der Politik angesehen, die die gegenwärtig in Deutschland wie in der Welt überhaupt herrschenden chaotischen Verhältnisse verschuldet hat. Wer den politischen Vorgängen in Frankreich mit Aufmerksamkeit folgt, der weiß, daß diese Annahme falsch ist. Poincaré wird mehr geschoben als er selbst schiebt, und wenn heute Poincaré von der Bildfläche verschwände, würde nicht ein versöhnlicherer Mann an seine Stelle treten, sondern ein noch radikalerer, ein Nationalist reinsten Wassers, etwa Tardieu, der nur auf den Moment lauert, um Poincarés Erbschaft anzutreten.

Diese Wahrscheinlichkeit erschwert ungemein die Taktik der Opposition der Linken, die zwar brennend gern den Sturz Poincarés und seines Regimes herbeiführen möchte, wenn nicht die Gefahr bestände, daß dann, und zwar unmittelbar vor den Wahlen, die etwa Mitte Mai stattfinden sollen, ein noch schärferer Nationalist an seine Stelle käme. Würde diese Gefahr nicht drohen, so gehörte das Kabinett Poincaré längst der Vergangenheit an, d. h. es wäre längst durch die Parallelangriffe von rechts und links weggefegt worden.

Ein anschauliches Bild von dieser politischen und parlamentarischen Lage in Frankreich entwirft der Pariser Korrespondent der „Neuen Freien Presse“; er schreibt u. a.:

„Der Durchschnittsfranzose als einzelner haßt heute Deutschland und die Deutschen nicht mehr. Er spricht vollkommen versöhnlich, als Kulturmensch, als friedliebender Bürger. Der Franzose als Patriot muß anders sprechen. Er darf sich nicht laxer Gefühle gegenüber dem Vaterlande beschuldigen lassen. Aus dieser Mentalität heraus denkt auch der „bloc national“, die Mehrheit in der französischen Kammer. Aus dieser Mentalität heraus muß heute der Radikalismus der französischen Kammer und der französischen Regierung betrachtet werden. Poincaré ist der Exponent dieser Regierung; er muß, will er nicht die Mehrheit verlieren, will er nicht gezwungen werden, einer noch radikaleren Richtung Platz zu machen, den Chauvinismus der äußersten Rechten zumindest sanktionieren, wenn nicht manchesmal gar noch überbieten, er muß Maßnahmen ergreifen, die er als Einzelperson, als Advokat, niemals gutgeheißen, niemals verstanden hätte.

Man hört jetzt in Paris wiederholt in politischen Kreisen die Überzeugung aussprechen, daß es nach einem Sturze Poincarés nur sehr schwer möglich sein werde, eine neue Regierung zu bilden. In anderen Kreisen wieder betont man, daß die Opposition der äußersten Rechten, insbesondere Tardieus, darauf zurückzuführen sei, daß gerade diese Gruppe der Clemencisten die einzige sei, die nach dem Scheiden Poincarés ein neues Kabinett stellen könne. Wird Poincaré heute zum Rücktritt gezwungen, so würde man nur vor der Wahl stehen, ihm die Kabinettsbildung neuerlich anzubieten, was er, den Schwierigkeiten seiner gegenwärtigen Stellung nach zu schließen, wahrscheinlich ablehnen müßte, oder Barthou und Tardieu an die Macht gelangen zu lassen. Was diese neue, noch schärfere Regierung mit sich bringen müßte, braucht kaum gesagt zu werden: Verschärfung des Ruhrkampfes, Verschärfung der Okkupationen, neue Aufrollung der Reparationsfrage im clemencistischen Sinne, dadurch Erschwerung der weltpolitischen Lage, neue Währungskrise und ähnliches. Die Mehrheit der französischen Kammer, auch ein Teil des „bloc national“, hat aber heute genug von der „produktiven Besetzung“ des Ruhrgebietes und will keine solche noch weitere Verschärfung. Dies weiß auch die Opposition in der Kammer, dies weiß der Senat. Und dies ist gleichzeitig der Schlüssel dafür, warum die Regierung Poincaré, dieses unpopuläre, so schwer bekämpfte Regime, heute noch immer nicht gestürzt ist, warum immer noch die nötige Mehrheit in Kammer und Senat aufgebracht wurde, um das nötige Vertrauensvotum zustandezubringen, warum auch die Abstimmung im Senat über die Wahlordnung, die auf ein Haar eine Mehrheit gegen Poincaré ergeben hätte, überraschenderweise doch noch 16 Stimmen Majorität für die Regierung aufwies.

Der international bemerkbare Zug nach links, die Abkehr von Reaktion und Militarismus ist auch an Frankreich nicht vorübergegangen. Und alle Schätzungen und Voraussagen für die kommenden Wahlen deuten, wenn auch schüchtern, darauf hin, daß der Block der Linken im Mai 1924 besser abschneiden werde als bei den letzten Wahlen. Es wäre unnütz, sich hier in Mutmaßungen zu ergehen, wie das neue französische Parlament aussehen wird. Sicher ist nur, daß sich bei Beibehaltung des Proporzwahlsystems die künftige französische Kammer nur aus großen Parteien zusammensetzen wird. Es wird sich also im wesentlichen darum handeln, ob der Block der Linken oder der der Rechten stärkere Mittel des Zusammenhaltes finden kann. Darum geht jetzt der Kampf, und die Opposition der französischen Radikalsozialisten, Sozialisten und Kommunisten ist in der letzten Zeit insbesondere deshalb so heftig geworden, weil angesichts der kommenden Wahlen der Wähler wissen soll, daß von dieser Seite die als verfehlt erkannte Politik Poincarés nicht fortgesetzt werden würde.

Der heimlich anerkannte Führer dieser Opposition, gleichzeitig der Präsident der stärksten der drei Parteien, der Radikalsozialisten, ist der Bürgermeister von Lyon Edouard Herriot. Dieser Mann ist es vor allem, der, unterstützt von Painlevé, Forgeot und Paul Boncourt, seit Wochen systematisch auf eine Einheitsfront der Linken bei den Neuwahlen hinarbeitet. Herriot hat dabei keinen leichten Stand, denn seine Bemühungen, die Kleinbürger und die Demokraten in die Koalition zu bringen, stoßen naturgemäß auf den Widerstand der Kommunisten, wie anderseits natürlich die radikale Kampfweise der Kommunisten den anderen Flügel des Blocks zeitweise zum Abschwenken zur Rechten bringt. Das Entscheidende in den nächsten Wochen wird nun sein, ob es Herriot gelingen wird seinen Block der Linken auf eine so breite Basis zu stellen, daß der Stimmenzuwachs der demokratischen und fortschrittlichen Elemente ihm einheitlich zugute kommt. In diesem Falle wird man bei der gegenwärtig herrschenden Unzufriedenheit mit dem Regime Poincaré wohl mit einer Verschiebung der Kammermehrheit nach links rechnen müssen; und dann erst könnte bei einem Sturze Poincarés der Weg für ein versöhnlicheres, weiter links stehendes Kabinett frei sein, für ein Kabinett, das als Gegenstück zur Regierung Ramsay Macdonald in England die deutsche Frage vom internationalen und nicht ausschließlich vom engherzigsten nationalen Gesichtspunkte aus betrachten könnte.

Zweifellos würden in einem solchen neuen Kabinett unter der Führung der Radikalsozialisten die oben genannten Männer, insbesondere Herriot, eine bedeutende Rolle spielen. An eine glatte Liquidierung des Ruhrabenteuers wäre aber auch bei einem solchen Kabinett nicht zu denken, denn Herriot hat in seinen Oppositionsreden wiederholt darauf hinweisen müssen, daß auch eine Regierung der Linken in Frankreich heute aus nationalen Gründen die einmal begonnene Aktion an der Ruhr nicht ohne weiteres aufgeben könne. Trotzdem wäre eine solche Regierung für die Entwickelung der politischen und wirtschaftlichen Ereignisse von unabsehbarer Bedeutung. Schon der Ausgang der Wahlen in England, der Regierungsantritt Macdonalds, hat bewiesen, wie stark sich die französische Politik durch den Zug nach links beeinflußt zeigt. Um wie viel stärker müßte sich eine Regierung der Linken in Frankreich in der Entspannung der gegenwärtigen internationalen Lage bemerkbar machen. Was man also jetzt wünschen muß, ist nicht so sehr ein Sturz Poincarés, nicht eine Regierung Barthous oder Tardieus, sondern ein Ausgang der Wahlen, der ein Ministerium Herriot oder Painlevé und dadurch die Anbahnung neuer, versöhnlicherer Beziehungen zu Deutschland ermöglicht.“

So der Pariser Gewährsmann des Wiener Blattes. Es ist auch für uns nützlich, sich diese Lage in Frankreich vor Augen zu halten. Dort liegt der Schlüssel für die Lösung der gegenwärtigen wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Weltprobleme; von der weiteren Entwickelung der Dinge in Frankreich wird es abhängen, ob das schon jetzt in der Welt herrschende Chaos sich weiter verwirrt und unabsehbare Katastrophen herbeiführt, oder ob freundlichere Zeiten anbrechen werden und die Menschheit von dem Alpdruck befreit wird, der seit fast zehn Jahren so schwer auf ihr lastet.

Zur Tagung des Völkerbundes.

Der Völkerbund tritt am 10. März in Genf unter Vorsitz des Vertreters von Uruguay, Guani, zu seiner 28. Tagung zusammen. Auf der Tagesordnung stehen zahlreiche wichtige Fragen, so die Memelfrage, über die der Memelausschuß des Völkerbundes noch in Genf berät, ferner die evtl. Ergebnisse der gegenwärtigen deutsch-polnischen Verhandlungen, die Ernennung der Mitglieder der Regierungskommission im Saargebiete, die Ausführung des Finanzsanierungsprojektes in Ungarn, die von dem Juristenkomitee des Völkerbundes ausgearbeiteten Vorschläge über die Zuständigkeit des Völkerbundes bei internationalen Konflikten, die Angelegenheit der tschechoslowakisch-polnischen Grenze im Jaworzynagebiet, das polnische Munitionslager im Gebiet der Freien Stadt Danzig, der Bericht der Kommission zur Rüstungsbeschränkung sowie die Berichte des Hygieneausschusses und des Wirtschaftskomitees.

Das deutsch-türkische Freundschaftsabkommen.

Berlin, 5. März. PAT. Dieser Tage wurde in Angora das deutsch-türkische Freundschaftsabkommen unterzeichnet. Das Abkommen enthält nach dem Muster des türkisch-ungarischen Vertrages nur einige Artikel. Einleitend wird festgestellt, daß zwischen Deutschland und der Türkei sowie ihren Bürgern Freundschaft und Friede besteht. Die anderen Artikel sehen die Aufnahme von diplomatischen und konsularen Beziehungen entsprechend dem internationalen Recht vor, ferner den Abschluß von Handelsverträgen. Der Vertrag tritt 15 Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Konstantinopel erfolgen soll, in Kraft.

Neue Erklärungen Macdonalds.

London, 3. März. (PAT. Reuter) Während der heutigen Debatte im Unterhause wurde Macdonald gefragt, ob er beabsichtige, sofort Schritte zu unternehmen zur Einberufung einer internationalen Konferenz in Sachen der Begrenzung der Rüstungen. Macdonald antwortete, daß über diese Frage bereits der Völkerbund verhandle. Er halte den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für geeignet, in dieser Richtung irgendwelche Schritte zu unternehmen. Man müsse in dieser Angelegenheit nach seiner Ansicht einen günstigen Verlauf der Ereignisse abwarten. Nach dieser Antwort fragte ein Abgeordneter, ob die Politik der Regierung darauf abziele, mit den europäischen Mächten eine Vereinbarung zu erlangen in Sachen der Begrenzung des Baues von Luftkriegsflotten. Darauf antwortete Macdonald, daß gegenwärtig die Regierung auf der Suche sei nach einer Methode, die im allgemeinen zu einer Begrenzung der Luftrüstungen führen könnte. Die Regierung wolle dies indessen nicht erreichen dadurch, daß sie den Regierungen der fremden Staaten ihre Ansichten aufdränge, sondern sie bereitet methodische Bedingungen vor, in denen die Vorschläge der Begrenzung der Rüstungen verwirklicht sind.

Weiter wurde der Premier über die Stellungnahme der Regierung gegenüber den Verbündeten in Sachen der Entwaffnung Deutschlands befragt. Er antwortete, daß diese Angelegenheit gerade die Botschafterkonferenz beschäftige, weshalb es seinerseits nicht angebracht wäre, irgendwelche Erklärung abzugeben. Was die Frage der Ratifikation des Lausanner Vertrages betrifft, erklärte Macdonald, daß alle möglichen rechtlichen Schritte durch das Oberhaus unternommen worden seien, und daß die Angelegenheit bald auch im Unterhause erscheinen würde. Bei dieser Gelegenheit betonte der Premier die Tatsache, daß die Regierungen aller Dominions sich günstig betreffs der unverzüglichen Ratifikation dieses Vertrages ausgesprochen hätten. Zum Schluß erklärte der Premier über die Stellung der Regierung betreffs der beabsichtigten Abtretung des Jubalandes an Italien, daß gegenwärtig in dieser Angelegenheit Verhandlungen stattfinden, von deren Ausgang es abhängen werde, ob diese Angelegenheit von neuem auf die Tagesordnung des Unterhauses kommen werde.

Die Polenmark am 5. März

(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags).

Danzig:	1 Dollar	= 9 400 000 p. M.
	1 Million p. M.	= 0,63 Gulden
Warschau:	1 Dollar	= 9 425 000 p. M.
	1 Danz. Gulden	= 1 610 000 p. M.
Valorisationsfrank:		1 800 000 p. M.
Goldmark (P. K. K. P.):		2 191 000 p. M.

*

Hendersons politischer Fehler.

Die „Kölnische Zeitung“ zitiert den „Manchester Guardian“.

Die „Köln. Zeitung“ schreibt im Leitartikel ihrer letzten Sonntagsausgabe:

„Der neue Minister des Innern, Henderson, einer der namhaftesten Politiker der Arbeiterpartei, hat sich in einer Wahlrede mit kraftvollen Worten zur Revision des Friedensvertrages bekannt; tatsächlich bildet sie einen der Hauptprogrammpunkte der Partei. Aber die Wirkung seiner Worte erwies, daß Henderson einen groben politischen Fehler gemacht hat. Er hat alle Interessenten des Vertrages — und ihrer sind in der internationalen Politik heute noch weit mehr als seine Gegner — auf die Schanzen gerufen und den jungen Keimlingen einer Sinnesänderung, die sich heute sogar in Frankreich zeigen, einen schweren Frostschaden zugefügt. Er hat sich von dem Ersten Minister, Macdonald, der auf diese Keimlinge seine ganze Hoffnung setzt, eine deutliche Zurückweisung gefallen lassen müssen. Zutreffend schreibt der „Manchester Guardian“ zu dem Vorfall:

„Wenn wir die Franzosen aus der Ruhr herausbringen, wenn wir verhindern können, daß sie das Saargebiet praktisch annektieren, wenn wir sie bewegen können, in die Herabsetzung der Entschädigungssumme auf eine zahlbare Höhe einzuwilligen, wenn wir die schrittweise Räumung des Rheinlandes zuwege bringen, deren erster Abschnitt gemäß dem Friedensvertrag demnächst fällig ist, wenn wir die Rechte der deutschen Zivilverwaltung im Rheinland, wie sie der Friedensvertrag garantiert, wiederherstellen können, und wenn wir infolge des erhöhten Gefühls der Sicherheit, das diese Umwälzungen schaffen würden, eine Herabsetzung der Rüstungen herbeiführen können, wenn wir dies alles oder wenigstens den größten Teil davon während der Lebensdauer der jetzigen Regierung vollbringen können, dann wird sie sicherlich in die Geschichte übergehen als eine der erfolgreichsten, die England gehabt hat. Versucht man aber heute, das ganze Gebilde des Friedensvertrages umzustürzen, wie es Henderson vorschlägt, dann bringt man nur den größten Teil Europas wieder in Verwirrung und erzielt nichts. Er wird das nicht gewollt haben; er wird nur sein persönliches Verlangen zum Ausdruck gebracht haben, das wir alle teilen. Aber er vergaß, daß man seine Worte mißverstehen konnte. Er braucht nur in die französische Presse zu blicken, um den Schaden zu sehen, den er angerichtet hat.“

Daß Hendersons persönliches Verlangen tatsächlich von der Nation in großem Maße geteilt wird, beweist sein Wahlerfolg; er erhielt zwei Drittel der liberalen Stimmen, und die Mehrheit der Arbeiterpartei stieg in seinem Wahlkreise von 3000 bei der Dezemberwahl auf 7000. Aber ein Wahlerfolg ist eben etwas anderes als ein Erfolg in der auswärtigen Politik.“ —

Das „Problem“ Ostpreußen.

Eine erhöhte Beachtung des Problems „Ostpreußen“

verlangt der „Kurjer Poznański“ im Leitaufsatz seiner Nr. 50 („Ein tragischer Knoten“), in dem er unter anderem sagt:

„Als Polen nach langer Zeit der Knechtschaft zu neuem Leben erstand, war es nicht stark genug, um, soweit dies überhaupt im allgemeinen Kriegschaos möglich war, die Verhältnisse ein für allemal in Ordnung zu bringen. Daß Ostpreußen wie ein Damoklesschwert über unserem Haupt blieb, war das Ergebnis unserer politischen Schwäche . . . Das Auseinanderstreben unserer Politik in zwei grundsätzlich einander entgegengesetzte Richtungen, von denen die eine die Wichtigkeit gerade dieser Frage grundsätzlich erkannte, trägt an alledem die größere Schuld, als es auf den ersten Blick scheinen könnte. Wir sind überzeugt, daß, wenn die polnische Politik als Ganzes in diesen Fragen von Anfang an eine einheitliche Stellung eingenommen hätte, der polnische Einfluß auf die Gestaltung der Verhältnisse im Nordwesten Polens schwerer in die Wagschale gefallen wäre. Aber so haben wir von Anfang an in diesen Fragen, von Danzig angefangen bis zur Abstimmung in Masuren, Niederlagen erlitten. Man muß sich vergegenwärtigen, daß diese Mißerfolge Schläge in die empfindlichste Stelle unserer politischen Existenz sind, um ihre Bedeutung zu schätzen. Welches sind heute die praktischen Wege unserer Politik? Sie sind leider beschränkt genug, aber sie sind da. Einer dieser Wege, zweifellos ein sehr wichtiger, ist der Einfluß auf die politische Stimmung der Bevölkerung Ostpreußens. Natürlich dürfen wir uns nicht der Täuschung hingeben, daß plötzlich die Zeiten Kalksteins wiederkehren, der seine Treue gegen Polen mit dem Tode bezahlte. Gerade die Kreise der preußischen Junker sind heute am meisten polenfeindlich gesinnt. Der polenfeindliche Geist des preußischen Staates feiert in den Rechtsparteien Ostpreußens die größten Triumphe, und diese Parteien beherrschen das politische Leben vollkommen. Übrigens kann man auch von den deutschen Linksparteien nichts

erwarten. Eine Änderung der Stimmung könnte nur ein sehr lange dauerndes und im Laufe der Geschlechter systematisch wirkendes Wirtschaftsinteresse herbeiführen."

Und der vielsagende Schluß des Aufsatzes lautet: „So wie einst in Schlesien, so muß auch in Ostpreußen eine Wiedergeburt vor sich gehen. Das wird zweifellos ein schwierigerer und längerer Prozeß sein. Aber er ist möglich. Es muß jedoch alles getan werden, damit die polnische Bevölkerung Ostpreußens wirklich polnisch empfindet und sich ihrer politischen und geradezu weltgeschichtlichen Mission bewußt wird."

*

Wenn die reichsdeutsche Presse in völlig analoger Weise verlangen würde, daß man die Stimmung im ehemals preußischen Teilgebiet politisch beeinflussen müsse, welches Geschrei würde dann der „Kurjer Poznański" erheben? Oder gar die edle Frau Sofia Sokolnicka? Sie würde gewiß einer neuen Interpellation gegen die bösen Deutschen das Leben schenken, — eine Geburt, die dann gewiß verständlicher erschiene, als alle früheren Anträge, die genau so eruptiv, wenn auch weniger klassisch, ihrem Gehirn entsprangen, wie Pallas Athene dem Haupte des Heidengottes Zeus.

Aufhebung des Kalifats.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß Kemal-Pascha, der Präsident der Republik, bei Gelegenheit der Eröffnung der Nationalversammlung eine Botschaft an die Abgeordneten richten wird. Er erinnere darin an die Ausrufung der Republik, die nunmehr vollkommen gesichert sei. Er fordert die Nationalversammlung auf, eine moderne Verwaltung zu schaffen. Der mohammedanische Glaube müsse von jeder politischen Einmischung freigemacht werden. Zur auswärtigen Politik heißt es in der Botschaft: Griechenland und Rumänien haben den Lausanner Vertrag ratifiziert. Wir hoffen, daß die anderen Mächte ihn bald ratifizieren werden. Die türkische Republik hat die feste Absicht, den Frieden aufrecht zu erhalten und die Verträge zu achten, sowie ihre Beziehungen zu allen anderen Ländern auf der Grundlage der Achtung vor den gegenseitigen Rechten zu entwickeln. Wir fassen den Eintritt der Türkei in den Völkerbund ins Auge, nachdem der Lausanner Vertrag wirksam geworden ist.

Weiter wird aus Angora gemeldet, daß die Mehrheitspartei der Nationalversammlung eine zehn Punkte umfassende Tagesordnung, die von 50 Abgeordneten unterzeichnet war, besprochen hat, wobei es sich darum handelt, das Kalifat aufzuheben und den Kalifen zu verbannen. Alle Mitglieder der kaiserlichen Familie beiderlei Geschlechts würden das Aufenthaltsrecht in der Türkei sowie ihre Eigenschaft als türkische Untertanen verlieren, hätten sämtlich binnen zehn Tagen das Land zu verlassen und erhielten eine Entschädigung. Die Gebäude usw. der früheren Herrscherfamilie, die nunmehr der Nation gehören, würden verkauft werden, während die Zivilliste der Nation zufallen solle. Diese Tagesordnung soll von der Nationalversammlung als Gesetz angenommen werden, um dann unmittelbar in Kraft zu treten. Es wird angenommen, daß die Nationalversammlung die Tagesordnung mit Dringlichkeit behandeln wird. Verläßlichen Nachrichten zufolge würden der Kalif und die Mitglieder der kaiserlichen Familie auf einem von der türkischen Regierung zur Verfügung gestellten Dampfer nach Ägypten gebracht werden. Konstantinopeler Meldungen wollen wissen, daß die entsprechenden Anweisungen bereits ergangen sind.

Die Nachrichten aus Angora über die in allernächster Zeit geplante Abschaffung des Kalifats werden in Konstantinopel, nach einer Meldung der „Voss. Ztg.", völlig ruhig aufgenommen. Ohne alle Leidenschaft wird die Frage aufgeworfen, ob nicht der feierliche Zug des Kalifen Abdul Medjid vom Schlosse Dolmabagtsche zur nahen Sinan-Moschee anläßlich des jüngsten Selamliks am vergangenen Freitag vielleicht die letzte Wiederholung dieser uralten Zeremonie gewesen ist.

*

Konstantinopel, 5. März. (PAT.) Auf Grund der Entscheidung der Nationalversammlung erhält der Kalif beim Verlassen des Reiches einmalig 100 000 türkische Pfund, die Fürsten zusammen den Betrag von 200 000 türkischen Pfund. Die Abhebung von Bankeinlagen wurde ihnen dagegen verboten. Die Liquidierung ihrer Besitzungen kann innerhalb 12 Monaten erfolgen. Die fürstlichen Paläste und Residenzen werden Staatseigentum. Nach einer weiteren Meldung beabsichtigt die Regierung, unverzüglich zu demissionieren, sie wird jedoch sofort durch Ismeth Pascha rekonstruiert, der im Regierungsprogramm sich einer Reform auf dem Gebiet der Religion annehmen will.

Republik Polen.

Die Reform des Eisenbahntarifs.

Warschau, 5. März. PAT. Das Eisenbahnministerium arbeitet gegenwärtig an der Reform der Personentarife, die den vorkriegszeitlichen Tarifen angepaßt werden sollen, unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Höhe der Fahrkosten bei unseren Nachbarn. Das Projekt wird eine neue Erhöhung des Tarifs zur Folge haben. Bis jetzt werden für einen Kilometer in der dritten Klasse 2 Centimes erhoben, während vor dem Kriege der Satz 3—5 Centimes war.

Das Mieterschutzgesetz im Senat.

Das vom Sejm angenommene Mieterschutzgesetz wird in einem Sonderdruck am Dienstag und Mittwoch versendet und sodann dem Senat vorgelegt werden.

Senator Gloner, der Referent dieser Vorlage im Senat, hat sich mit dem Senatmarschall dahin verständigt, daß der Sejm und der Senat einen gemeinsamen Sachverständigenausschuß wählen, der eine Übereinstimmung des Sejm und Senates in dieser Frage auf diese Weise herbeiführen soll, daß die vom Senat beantragten Änderungen im Sejm glatt durchgehen. Wenn dieser Plan gelingen sollte, könnte das Gesetz durch die gesetzgebenden Körperschaften im Laufe des Monats März endgültig erledigt und im April publiziert und in Kraft gesetzt werden.

Pleß wird Bischofssitz.

Der Apostolische Administrator Dr. Hlond machte in den letzten Tagen eine Kirchenvisitationsreise durch Pleß und die nächste Umgegend. Bei dieser Gelegenheit machte er dem Pfarrer in Pleß die Mitteilung, daß Pleß als zukünftiger Bischofssitz in Aussicht genommen sei.

31 Billionen Überschuß.

Warschau, 3. März. In der Sitzung des Wirtschaftsrates gab der Ministerpräsident Grabski bekannt, daß nach der Auszahlung der Märzgehälter noch ein Überschuß von 31 Billionen Mark für den Staatsschatz zu verzeichnen ist.

*

In den Polnisch-Danziger Verhandlungen, die gegenwärtig in Warschau stattfinden, wird der Danziger Senat durch Dr. Dreger als Sachverständiger in Fragen des Gerichtswesens auf Danziger Gebiet vertreten werden.

Deutsches Reich.

Doch Auflösung des Reichstages?

Die Bemühungen des Reichskanzlers um die Herbeiführung eines Kompromisses zwischen den Anschauungen der Regierung und denen der Sozialdemokraten in der Frage der Behandlung der Abänderungsanträge zu den von der Regierung erlassenen Notverordnungen sind nicht von Erfolg begleitet gewesen. Die zwischen dem Reichskanzler und den Führern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, den Abgg. Müller-Franken und Dr. Breitscheid, gepflogenen Besprechungen sind ergebnislos verlaufen, da die Fraktion ihre Führer angewiesen hatte, in den strittigen Fragen nicht nachzugeben. Wenn auch die Unterhändler keine endgültigen Erklärungen über die Möglichkeit eines Kompromisses abgegeben haben, so nimmt man in unterrichteten Kreisen dennoch an, daß die sozialdemokratische Fraktion in ihrer nächsten Fraktionssitzung von ihrer bisherigen Haltung nicht abgehen wird. Damit ist die Möglichkeit einer Auflösung des Reichstages wieder in unmittelbare Nähe gerückt.

Aus anderen Ländern.

Rykow fährt nach London.

Reuters Büro wird aus Riga gemeldet, daß der Präsident der russischen Räterepublik Rykow aus Moskau nach London aufgebrochen ist, um mit Macdonald eine persönliche Aussprache zu haben.

Rußland und Italien.

Wie dem „Corriere della Sera" aus Moskau gemeldet wird, gab Tschitscherin bei einem Empfang der italienischen Journalisten eine Erklärung ab, in der er sich über die italienisch-russischen Beziehungen und über die Außenpolitik Italiens verbreitete. Er bemerkte u. a., man habe in Rußland mit Freuden das Verhalten Italiens gegenüber der Türkei verfolgt. Italien habe sich zuerst von allen westlichen Großmächten auf die Seite der neuen Türkei gestellt. Weiter sagte er, Rußland begrüße das Erscheinen italienischer Techniker, Ingenieure und Beamten in den verschiedenen asiatischen Ländern. In Ostasien stoße Rußland ein wenig mit allen Mächten zusammen, nur nicht mit Italien. Auf dem Balkan stehe Rußland noch im Anfang der Entwicklung seiner Beziehungen. Es habe bis jetzt noch keine Berührung mit der italienischen Politik dort gehabt. Tschitscherin verwies auf die Tradition der italienischen Politik, die Bestrebungen der unabhängigen Völker zu unterstützen. Er sagte, jedesmal, wenn die italienische Politik den Grundsatz der Unabhängigkeit der Völker verteidige, werde Rußland an der Seite Italiens sein.

Ein neues polnisches Aktiengesetz.

In dem „Monitor Polski" vom 29. Januar 1924 wurden neue Grundsätze veröffentlicht, an welche sich das polnische Ministerium für Industrie und Handel sowie das Finanzministerium bei der Bestätigung der Statuten der Aktiengesellschaften sowie bei der Erteilung von Bewilligungen zur Eintragung in das gerichtliche Register der Aktiengesellschaften in dem ehemaligen preußischen Gebiete wie auch bei den Kapitalserhöhungen halten werden.

Die Statuten von neuen Aktiengesellschaften werden danach nur dann bestätigt, wenn das Aktienkapital mindestens 25 000 Zlotys und der Nominalpreis einer Aktie mindestens 10 Zloty betragen. Die Aktien der neuen Emissionen müssen in der Regel den alten Aktionären angeboten werden, wobei diesen ein Ausübungsrecht von mindestens 30 Tagen gewährleistet werden muß. Wenn innerhalb dieser 30 Tage nicht alle Aktien von den alten Aktionären übernommen wurden, hat die Gesellschaft eine nachträgliche Subskription auf diese Aktien auszuschreiben, wobei diese nochmals allen alten Aktionären angeboten werden müssen. Erst nach dem Ablaufe der Frist dieser nachträglichen Subskription, welche mindestens 15 Tage betragen muß, können die eventuell übrig gebliebenen Aktien nach dem freien Ermessen des Verwaltungs-, bzw. Aufsichtsrates der Gesellschaft verteilt werden.

Der Ausschluß der bisherigen Aktionäre von dem Bezugsrechte der neuen Aktien kann ausnahmsweise dann erfolgen, wenn dies mit Rücksicht auf die Interessen der Gesellschaft notwendig ist, wobei der Emissionspreis der Aktien, welche den bisherigen Aktionären nicht angeboten wurden, dem wirklichen Werte derselben angenähert sein muß. Diese Aktien dürfen nur zur Deckung der Apports, zum Ankaufe von Realitäten, zur Tilgung von Schulden, Anwerbung von neuen Kapitalien oder Fusion von Gesellschaften verwendet werden.

Bei den neuen Emissionen muß der Emissionspreis in einer Höhe bestimmt werden, welche mindestens dem Kurse der alten Aktien, valorisiert auf Grund des Kurses am Tage des Beschlusses der Generalversammlung oder der anderen kompetenten Faktoren der Gesellschaft, entspricht. Bei der Bestätigung von Emissionen der Gesellschaften, welche in der Zeit der Devalvation entstanden sind und um neue Emissionen ansuchen, hat für die Bestimmung des Emissionspreises mindestens der Nominalpreis der Aktie, valorisiert auf Grund des Kurses des Tages der konstituierenden Generalversammlung maßgebend zu sein. Wenn die Behörden die obigen Bedingungen als nicht erfüllt erachten, können sie den Emissionspreis auf Grund einer kommissionellen Schätzung des Gesellschaftsvermögens in Zloty festsetzen, wobei der Emissionspreis nicht niedriger als der festgesetzte wirkliche Wert der Aktie sein darf.

Der Emissionspreis der Aktien muß in Zloty (gleich einem Goldfranken), zahlbar in polnischen Mark zu dem offiziellen Kurse des Goldfranken an dem der Zahlung vorhergehenden Tage, festgesetzt werden.

Das Mädchen mit den drei Bräutigams.

Von **Alois Ulreich.**

Emilie Holzapfel war ein umsichtiges Mädchen. Sie hatte schon lange die Erkenntnis gewonnen, daß man in so schwierigen Zeiten wie jetzt alles auf Vorrat haben müsse. Darum hatte sie auch drei Bräutigams. Ihre Freundinnen meinten allerdings, daß das etwas viel wäre, aber Emilie antwortete ihnen mit schöner Sachkenntnis: „Man kann nicht genug Bräutigams haben. Die Männer sind zu unverläßlich . . ." Darin hatte sie recht.

Natürlich mußte Fräulein Holzapfel viel Mühe und Scharfsinn aufwenden, um die drei Bräutigams von ihrer gegenseitigen Existenz nichts wissen zu lassen. Zu diesem Zwecke hatte sie eine eigene Einteilung. Montag ging sie mit dem jungen Kaufmann aus, am Dienstag und Donnerstag mit dem feschen Advokaturskandidaten und am Sonnabend mit einem blonden Zahnarzt. Am Sonntag blieb Emilie zu Hause, denn da ruhte sich auch Gott der Herr aus.

Sicher würde Emilie eines Tages einen der jungen Herren geheiratet haben, wenn sie nicht ein so gutes Herz gehabt hätte. Dieses gute Herz wurde ihr Verhängnis.

Das geschah nämlich so: Als Fräulein Holzapfel eines Montags mit dem jungen Kaufmann zusammenkam, um mit ihm ins Konzertkaffeehaus zu gehen, stellte es sich heraus, daß dieser unglückliche Mensch heftiges Zahnweh hatte. Emiliens gutes Herz erwachte. Sie konnte niemanden leiden sehen.

„Du mußt sofort zum Zahnarzt gehen", sagte sie.

„Ich habe kein Vertrauen zu den Zahnärzten", erwiderte der Jüngling.

„O, ich weiß einen vorzüglichen", ereiferte sich Emilie. „Er wird dich sanft behandeln und dir einen billigen Preis machen. Er reißt geradezu, daß es ein Vergnügen ist . . ."

Emilie schilderte dem jungen Kaufmann das Vergnügen des Zahnziehens in solch leuchtenden Farben, daß sich der Mann schließlich verleiten ließ, zu dem empfohlenen Zahnarzt zu gehen. Nun war aber der Zahnarzt ein eifersüchtiger und rachesüchtiger Mensch, der schon lange hinter Emiliens Ausreden einen Nebenbuhler witterte. Als nun der dicke, junge Mann zu ihm kam, zuckte sofort der Gedanke durch seinen Kopf, daß dieser Mensch vielleicht der gefürchtete Nebenbuhler sein könnte. Er beschloß daher, ihn vorsichtig auszufragen.

„Wie geht es Fräulein Emilie?" fragte der Zahnarzt, während sich der junge Kaufmann in den Operationsstuhl setzte.

„Danke, ganz gut. Wir waren eben zusammen."

Dem Zahnarzt gab es einen Stich, der durchs Herz ging. Er ahnte Schlimmstes, beherrschte sich aber einstweilen noch. „Sicher waren Sie bei den Herrschaften eingeladen?" forschte er weiter.

„Ach nein, wir wollten nur zusammen ins Konzertkaffeehaus gehen, aber das scheußliche Zahnweh verdarb die ganze Stimmung".

„Sie kennen wohl Fräulein Emilie sehr gut?" setzte der Zahnarzt sein Fragen fort.

„Selbstverständlich . . . Im Vertrauen gesagt, Herr Doktor, ich glaube, wir werden nächstens schon unsere Verlobung veröffentlichen."

Der Zahnarzt wußte jetzt genug. Er schwankte, zitterte, bebte einen Augenblick, dann sah er auf das dicke, feiste Gesicht des jungen Kaufmannes im Operationsstuhl und trat mit der Zange in der Hand fest entschlossen an den Unglücklichen heran. Der Patient öffnete den Mund, der Zahnarzt senkte seine Zange in den roten Abgrund, um einige Augenblicke später einen festen, gesunden Backenzahn aus der oberen Etage des Kiefers hervorzuholen.

„Sie haben mir ja einen falschen Zahn gerissen", brüllte der Kaufmann aufspringend. „Ich habe Ihnen gesagt, der untere Zahn ist's . . ."

Der Zahnarzt sah sein Opfer triumphierend an, zuckte die Achsel und sagte kalt: „Dann habe ich Sie eben schlecht verstanden . . . ., da kann man nichts machen. Ich bekomme 300 Kronen . . ."

„Was?" schrie der Kaufmann, „Sie trauen sich für einen Zahn, der mir gar nicht weh getan hat, noch ein Honorar zu verlangen . . . Nicht einen Heller bekommen Sie . . ."

„Dann werde ich Sie verklagen", erwiderte der Zahnarzt im Siegergefühl befriedigter Rache.

Der junge Kaufmann stürzte fort und berichtete Emilie, die im Kaffeehaus auf ihn wartete, was vorgefallen war. Emilie ahnte natürlich sofort den Zusammenhang der Dinge und beschloß, den Zahnarzt, der ihr wegen seines heftigen Wesens ohnehin nicht sehr paßte, endgültig fallen zu lassen, was sie um so eher konnte, als sie einen netten Postbeamten seit einiger Zeit in Aussicht hatte.

„Was den Prozeß anbelangt", sagte Emilie, deren gutes Herz gleich wieder erwachte, „weiß ich einen tüchtigen und billigen Rechtsanwalt." Und sie nannte dem jungen Kaufmann die Adresse ihres Advokaturskandidaten, dem sie diesen Prozeß zukommen lassen wollte.

Da dieser Advokaturskandidat in der Bescheidenheit seines Herzens keinen Vorschuß verlangte, betraute ihn der junge Kaufmann mit der Angelegenheit. Der Tag des Gerichts kam bald. Die Parteien standen sich in Kampfeshaltung gegenüber.

„Sie werden beschuldigt, diesem Herrn absichtlich einen falschen Zahn gezogen zu haben", sagte der Richter.

„Jawohl", erwiderte der Zahnarzt, dessen Augen vor Wut funkelten.

„Ja, aus welchen Gründen?"

„Um mich zu rächen."

„Ich habe Ihnen doch nichts getan."

„Sie haben mir nichts getan — das ist gut! Sie haben mir meine Braut abspenstig gemacht . . ."

„Was Ihnen nicht einfällt! Ich kenne die Dame gar nicht."

„Jetzt wollen Sie leugnen . . . Aber erinnern Sie sich nur . . . Sie sagten doch, daß Sie sich schon nächstens mit Fräulein Emilie verloben würden."

„Allerdings, das sagte ich . . ."

„Und ich hätte mich auch schon nächstens mit ihr verloben sollen."

Die beiden Gegner sahen sich erregt an.

„Entschuldigen Sie, meine Herren," mischte sich der Advokaturskandidat, dem bei dieser Wendung der Dinge schwummerlich zu werden anfing, in die Auseinandersetzung.

„Entschuldigen Sie, von welchem Fräulein Emilie ist da eigentlich die Rede . . .?"

„Von Fräulein Emilie Holzapfel . . ." erwiderte der Zahnarzt mit Nachdruck.

„Fräulein Holzapfel . . ., das ist ja meine Emilie", rief der junge Kaufmann erregt aus.

„Sie irren sich — diese junge Dame ist meine Emilie", versicherte der Advokaturskandidat.

„Und die meine war sie . . .", warf der Zahnarzt grimmig lächelnd hin.

Die drei Herren sahen sich sprachlos an. Ein allmähliches Verstehen und Begreifen erfüllte aber bald ihre Seelen. Sie reichten sich plötzlich stillschweigend die Hände. Alle Feindschaft war mit einem Male zu Ende. Der Richter schloß die Verhandlung, da alle Anklagen und Ansprüche zurückgezogen wurden.

Die drei Bräutigams begaben sich in eine Weinstube, um diese Wendung in ihrem Liebesglück zu begießen. Von dort aus sandten sie an Fräulein Holzapfel eine Ansichtskarte, die den kurzen Inhalt hatte: „Die drei Bräutigams schicken ihrer Braut die allerschönsten Grüße. Der Zahnarzt, der Advokaturskandidat, der Kaufmann."

Als Emilie Holzapfel diese Ansichtskarte bekam, biß sie sich auf die Lippen, zerknüllte die Karte und warf das Ding weg. „Es ist gut, daß ich mir den netten Postbeamten reserviert habe," dachte sie dabei. „Die Männer sind so entsetzlich unverläßlich . . ."

Kleine Rundschau.

* **Kein Elend mehr!** Der Kurort Elend im Harz will seinen Namen wechseln. Man ist mit der Ortsbezeichnung „Elend" aus naheliegenden Gründen unzufrieden. Die Ortsbezeichnung „Elend" geht darauf zurück, daß im Harz früher eine Reise in die Fremde als „eine Reise in das Elend" bezeichnet wurde. Nun ist man im Unmut über die Ortsbezeichnung auf die Idee gekommen, ein Preisausschreiben für eine neue Ortsbezeichnung zu veröffentlichen, das dem Preisträger einen vier Wochen umfassenden freien Kuraufenthalt verheißt. Wer der Kurverwaltung die schönste Ortsbezeichnung empfiehlt, soll dieses freien Kuraufenthaltes teilhaftig werden. — Eine Reise „in das Elend" bedeutete im alten Sprachgebrauch, also nicht nur im Harz, nichts anderes als eine Reise ins fremde Land, denn Elend geht auf das alte alin lande zurück. Erst später verband sich mit der Fremde, die für manchen kein Glück war, der Begriff der Not, des „Elends". — Die Bewohner des beneidenswert gelegenen „Elend" werden sich durch ihre traditionslose Gesinnung keine neuen Freunde machen, dagegen manchen alten Freund abstoßen. Kein preisgekrönter neuer Name vermag die Originalität des alten zu ersetzen.

Pommerellen.

5. März.

Graudenz (Grudziądz).

A **Amerikanische Güterwagen.** Am Montag traf auf dem hiesigen Bahnhof wieder ein Transport neuer amerikanischer Güterwagen ein, die in der Danziger Waggonfabrik montiert worden waren. *

A **Vom Stadtpark.** Schon im Kriege wurde der Stadtpark von gewissen Elementen der Bevölkerung vielfach beschädigt, und nach der Revolution nahmen die Rohheiten an den Anlagen überhand. Es wurde manches vernichtet, was in langen Jahren geschaffen worden war. Nach und nach trat wieder eine Änderung zum Besseren ein, und im vorigen Sommer hatte es den Anschein, als ob wieder die alte Ordnung eingekehrt wäre. Neuerdings werden aber wieder mancherlei Beschädigungen der Anlagen bemerkt. Trotzdem auf verschiedenen Stellen Drahtzäune gezogen sind, um das Durchqueren des Parks zu verhindern, sind diese teilweise zerstört und Steige über den Rasen ausgetreten, auch sind Bäume von Holzsammlern stark beschädigt. *

* **Durch einen Sprung aus einem fahrenden Eisenbahnzuge ums Leben gekommen** ist ein gewisser Ernst Kobanz, von Beruf Melker, wohnhaft im Kreise Schwetz. Der Vorfall ereignete sich um 1 Uhr nachts auf der Station Niewald. Der Verunglückte erlitt einen Schädelbruch; er wurde zwar nach dem Lazarett in Graudenz gebracht, starb dort aber, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. *

Thorn (Toruń).

—* **Unkrautbeseitigung. Schutzvorschriften für Landstraßen.** Die Polizeiorgane im Landkreise haben für dieses Frühjahr den strengen Befehl erhalten, darauf zu achten, daß die Landwirte nicht Quecke, Unkraut usw. auf die Landstraße werfen (bisher sehr üblich), da hierdurch der Verkehr gehemmt wird. Auch darf mit dem Pfluge auf Landstraßen nicht umgewendet, bzw. die Landstraße beim Wenden nicht durchwühlt werden. Während des Eggens bzw. Wendens dürfen die Rasenborten an Landstraßen und Ackerland nicht beschädigt werden. Das Umzäunen von Ackerland an Landstraßen mit Stacheldraht ist nicht erlaubt. Die Polizeiorgane sollen jeden Zuwiderhandelnden zur strengen Bestrafung melden. **

*

‡ **Thorner Marktbericht.** Der Dienstag-Wochenmarkt zeigte ein größeres Angebot in Butter als sonst. Man verkaufte sie mit 3 bis 4 Millionen, gegen Marktschluß fast allgemein mit 3½ Mill. Eier mußte man mit 3 bis 3,6 Mill. bezahlen. Reichlich zu haben waren Kartoffeln bei einem Zentnerpreise von rund 6 Millionen. Von Geflügel sahen wir Gänse zu 16 bis 22 Mill. und Hühner zu 4 bis 8 Mill. Die Preise bei den Ständen der Gemüse-, Obst- und der Fischhändler wiesen keinerlei Veränderungen auf. **

—* **Vom Schlachthause.** In der Zeit vom 8. bis 21. Februar notierte das städtische Schlachthaus Schlachtungen von 167 Stück Rindvieh, 329 Schafen und Ziegen und 918 Schweinen. **

‡ **Frühlingsmäßiges Wetter** hat uns der März bei seinem Einzuge mitgebracht. Die Temperatur beträgt tagsüber einige Grad über Null, so daß das Abschmelzen der besonders in den Vorstädten noch lagernden Schneemassen schnell vor sich geht. Von den Dächern der meisten Häuser tropft das Schmelzwasser mehr oder weniger stark auf die Straßen, ein Zeichen, daß viele Rinnen durch Schnee verstopft und zugefroren waren und dem Wasser keinen Abfluß mehr bieten. **

—* **Aus dem Landkreise Thorn,** 4. März. Die Wirkung des anhaltenden starken Frostes macht sich jetzt bemerkbar beim Öffnen der Kartoffelmieten. Viele Landwirte haben versäumt, ihre Mieten gut zuzudecken, oder zu wenig Erde aufgeworfen. Sie müssen jetzt feststellen, daß viele Kartoffeln erfroren sind.

er. **Culm** (Chełmno), 3. März. Vor einem Jahre legte der Deichhauptmann Lippke-Culm sein Amt nieder. An seiner Stelle wurde der Hofbesitzer Richert-Schöneich bald darauf von den Deichrepräsentanten und Geschworenen gewählt. Die Bestätigung durch die Wojewodschaft ließ lange auf sich warten und erfolgte erst vor kurzer Zeit. Altem Herkommen gemäß erfolgte früher die Vereidigung aller Deichhauptleute unter freiem Himmel auf der Krone des Deiches. Doch hat man jetzt „mit diesem Brauch gebrochen", und es sollte daher die Vereidigung des Herrn Richert im Saale des Gasthofbesitzers Drawert in voriger Woche in Gegenwart der Deichamtsrepräsentanten und -Geschworenen durch den Starost Dr. Bobke aus Culm erfolgen. Zur festgesetzten Zeit traf dieser ein und wollte die Vereidigung vornehmen, verlangte aber, daß der Eid in polnischer Sprache abgelegt werden sollte. Herr Richert erklärte jedoch, daß er der polnischen Sprache nicht mächtig sei. Ohne weitere Erörterung verließ darauf der Starost die Versammlung, und die Vereidigung unterblieb.

ll. **Aus dem Kreise Culm,** 4. März. In Klammer wurde eine weitverzweigte Einbrecherfamilie festgestellt. Eine ganze Anzahl von Diebstählen, die in letzter Zeit ausgeführt wurden, sind der Familie zuzuschreiben. Diese unterhielt sogar Beziehungen nach Danzig. Familienangehörige standen auf verschiedenen Stellen in Arbeit und machten dabei Gelegenheiten zu Diebstählen ausfindig.

* **Culmsee** (Chełmza), 4. März. Der hiesige „Bote für das Culmerland", der bisher nur einmal in der Woche herauskam, wird, wie der Verlag mitteilt, von jetzt ab zweimal wöchentlich erscheinen. — Das Wassergeld beträgt hier 250 000 M. (nicht 325 000 M., wie wir kürzlich mitteilten). Es ist somit niedriger als z. B. in Thorn, wo ein Kubikmeter Wasser über 300 000 M. kostet. — Ein humorvoll verlaufenes Fastnachtsvergnügen veranstaltete am Sonnabend die hiesige Ortsgruppe des Verbandes deutscher Handwerker in Form eines „Lumpenballs".

* **Dirschau** (Tczew), 4. März. Wegen zu hoher Mietforderungen stand vor einiger Zeit der gesamte Vorstand des hiesigen Haus- und Grundbesitzervereins, insgesamt 13 Personen, vor den Schranken der Stargarder Strafkammer. Ihnen wurde zur Last gelegt, daß sie auf einer Versammlung des Hausbesitzervereins im Jahre 1921 beschlossen hatten, an Miete pro Zimmer 3000—5000 M. monatlich zu erheben, welchen Betrag sie dann am 30. 1. 23 auf 8000 M. erhöhten. Vom Staatsanwalt wurden gegen die Angeklagten recht schwere Strafen beantragt, so gegen den Vorsitzenden, Professor Molinski, 1 Jahr und 4 Monate schweres Gefängnis, gegen die Vorstandsmitglieder Formanski und Drosdalski je 1 Jahr schwerer Gefängnisstrafe, Netkowski und Lisocki je 3 Monate. Die Urteilsverkündung lautete schließlich auf 8 Monate Gefängnis und 2 700 000 M. Geldstrafe für Professor Molinski und 1 Monat Gefängnis und 900 000 M. Geldstrafe für den Angeklagten Netkowski. Alle übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Gegen das Urteil wird wahrscheinlich Revision eingelegt werden.

* **Dirschau** (Tczew), 4. März. Bei einer Theatervorstellung angeschossen wurde in Turse hiesigen Kreises der 19jährige Sohn des dortigen Ansiedlers Grubby. Bei einer Theatervorstellung im dortigen Gasthause am 25. Februar erhielt er während einer Szene, in der ein Schuß abzugeben war, von einem anderen Mitwirkenden einen scharfen Schuß ins Knie. Die Verwundung war so schwer, daß er in ein hiesiges Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

ch. **Aus dem Kreise Schwetz,** 4. März. Noch immer warten weite Kreise der Bevölkerung auf die Inbetriebsetzung der elektrischen Überlandzentrale. Es mußten bereits vor einigen Jahren bedeutende Beträge für die Leitungsbauten eingezahlt werden, und die Leitung ist z. T. auch bereits fertiggestellt, aber noch nicht so weit, um demnächst in Betrieb gesetzt zu werden. — Die Landwirte befürchten, daß der langanhaltende Frost den Saaten Schaden gebracht hat. Der Schnee war zu mancher Zeit weggeschmolzen, so daß die Pflanzen den Unbilden der Witterung ausgesetzt waren. Auf anderen Stellen sind Schneewehen, unter denen das Getreide auch gelitten haben kann. Da die Viehpreise sehr zurückgegangen sind, so zahlt man auch für Pferde sehr mäßige Preise. Man kauft schon kleinere Zugpferde besserer Qualität für eine Milliarde.

Der polnische Holzexport über Danzig.

Die letzten veröffentlichten Berichte des statistischen Hauptamts in Warschau zeigen, daß das Jahr 1923 in bezug auf die Menge des aus Polen ausgeführten Holzes die vergangenen Jahre ganz beträchtlich überragt. Schon allein die Zahlen für die ersten acht Monate des vergangenen Jahres beweisen deutlich, daß während dieser Zeit 1 347 100 Tons Holz im rohen Zustande, 774 300 Tons Halbfabrikate, zusammen also 2 121 400 Tons ausgeführt worden sind, während das Jahr 1922 für 12 Monate eine Ziffer von ungefähr nur 1 300 000 Tons, d. h. also 40 Prozent weniger, aufweist. — Für die letzten vergangenen Monate wird man allerdings mit einer beträchtlichen Verminderung des Holzexports rechnen müssen, weil sowohl die allgemeine ungünstige Lage auf dem internationalen Holzmarkt als auch die hohen polnischen Ausfuhrabgaben auf unbearbeitetes Holz die Ausfuhr stark reduziert haben.

Der hauptsächlichste Abnehmer für polnisches Holz in unbearbeitetem und bearbeitetem Zustande, Grubenholz, Schwellen usw., ist gegenwärtig England, nachdem Deutschland in den letzten Monaten als bisheriger Hauptabnehmer für polnische Hölzer mehr zurückgetreten ist. Außer England kommen als Einfuhrländer für polnisches Holz hauptsächlich noch Holland, Frankreich, Belgien und Dänemark in Frage. Das nach diesen Ländern zu verschiffende Holz geht zum allergrößten Teil über den Hafen von Danzig.

Da Deutschland als Einfuhrland für polnisches Holz gegenwärtig nicht mehr in erster Linie in Frage kommt, ergibt sich für den polnischen Holzexport eine veränderte Situation. Das polnische Interesse gilt nunmehr den anderen in den Vordergrund getretenen Holzeinfuhrländern. Der Export nach den obenerwähnten Ländern geht aber hauptsächlich über Danzig. Hierdurch tritt die Bedeutung Danzigs als Hauptausfuhrhafen für polnisches Holz gegenwärtig wieder besonders hervor. Bisher hat man auf Grund statistischen Materials die Ausfuhrmenge von Holz, lt. „Przemysl i Handel", über Danzig auf den vierten Teil der gesamten polnischen Holzausfuhrmenge berechnet. Dies wird aus nachstehender Übersicht deutlich ersichtlich: im Jahr 1920 Gesamtexport 102 250, Export über Danzig 48 460, Verhältnis in Proz. 45,7; im Jahr 1921 Gesamtexport 811 400, Export über Danzig 209 397, Verhältnis in Proz. 25,7; im Jahr 1922 Gesamtexport 1 320 000, Export über Danzig 332 136, Verhältnis in Proz. 25,4.

Der Transport der Holzmassen erfolgt entgegen der in früheren Jahren üblichen Art in der Hauptsache auf dem Schienenwege. Der Grund für die von Jahr zu Jahr zunehmende Vernachlässigung des Wasserweges, der zweifellos der billigere ist, liegt in der Hauptsache darin, daß der Wassertransport infolge der ungünstigen Wasserverhältnisse auf der Weichsel mit großen Verzögerungen rechnen muß, die man wegen des fortgesetzten Schwankens der Valuten und Konjunkturen möglichst auszuschalten suchte. Außerdem fielen die Frachtkosten während der Inflationszeit nicht so sehr ins Gewicht, da sie durch den ständigen Rückgang der polnischen Valuta meistens im Rückstande waren.

Im Zusammenhange mit der zunehmenden Inanspruchnahme der Eisenbahnen für Holztransporte aus Polen war eine erhebliche Komplikation der Transportfrage eingetreten, die nicht allein durch das Fehlen von ausreichenden Transportmitteln in Erscheinung trat, sondern auch eine Überfüllung und Verstopfung der Zufahrtswege nach Danzig und im Danziger Hafen verursachte. Speziell die Bahnstationen im Freistaat konnten die Anhäufung so großer Holzmengen nicht bewältigen, weshalb die Eisenbahndirektion öfters für eine kurze Zeit Transporte anhalten mußte, um einen geordneten Abtransport zu gewährleisten. Die Massen von Holz, die in Danzig lagerten, erforderten Vergrößerungen der alten Lagerplätze und Einrichtung neuer sowie eine Ausdehnung der Zufahrtslinien, die große Investitionen nötig machten. Es ist im allgemeinen gelungen, die größten Schwierigkeiten zu überwinden. Die Abfertigungseinrichtungen und Umschlageplätze sind entsprechend vergrößert worden, so daß im Januar 1923 schon bis 300 Waggons täglich abgefertigt werden konnten (im Februar 1922 nur 150 Waggons).

Ein Bedürfnis zur weiteren Erhöhung der Leistungsfähigkeit auf diesem Gebiete liegt augenblicklich nicht vor, da durch die allgemeine Situation auf dem Holzmarkt eine Erschwerung des Exports für einzelne Holzsortimente eintrat, die im Zusammenhang mit der Verschlechterung der Absatzverhältnisse auf den internationalen Märkten, Streiks, Transportschwierigkeiten usw., eine beträchtliche Verminderung der polnischen Ausfuhrmenge zur Folge hatte. Während im Mai vorigen Jahres noch 103 575 Tons ausgeführt worden sind, ist die Ausfuhrmenge im Oktober 1923 auf 41 910 zurückgegangen und hat sich von Monat zu Monat noch weiter verringert. Das polnische Holzgeschäft leidet neuerdings nicht nur unter den hohen Ausfuhrabgaben, sondern auch unter den hohen Frachtkosten, die eine Folge der scharfen Valorisierung der Eisenbahntarife sind. Die Lage des polnischen Holzexports hat sich derart verschlechtert, daß sogar die polnische Regierung zu Abhilfemaßnahmen entschlossen ist. Allerdings dürfte noch einige Zeit vergehen, bis die vom Handelsministerium vorbereitete Ermäßigung der polnischen Ausfuhrabgaben, die mit Ausnahme von Espenholz bis zu 50 Prozent heruntergesetzt werden sollen, durchgeführt ist. Auch eine Herabsetzung der Transportkosten für Holztransporte, die für den Export bestimmt sind, ist durch eine tarifliche Umgruppierung in Aussicht genommen.

Nach Ausschaltung aller dieser Momente, die den Export in der weiteren Entwicklung so stark gehemmt haben, kann man annehmen, daß das Holzgeschäft wieder in Fluß kommt. Trotzdem

von polnischer Seite mit Nachdruck auf den schleunigen Ausbau des Gdinger Hafens hingearbeitet wird, dürfte der neue polnische Hafen doch in absehbarer Zeit nur eine Rolle als Hilfshafen von Danzig spielen und nur dann in Frage kommen, wenn durch unvorhergesehene Ereignisse, Streiks — wie sie zum Nachteil Danzigs im vorigen Jahre durch den langdauernden Holzarbeiterstreik in Erscheinung getreten sind — der Holzexport über den Danziger Hafen lahmgelegt werden sollte. Es liegt in der Hand Danzigs selbst, alle Nachteile, denen der Holzexport über den Danziger Hafen noch begegnet, mehr und mehr abzustellen; dann wird Danzig die bisherige Stellung als Hauptausfuhrhafen für polnisches Holz weiter für sich in Anspruch nehmen können.

Kleine Rundschau.

*** Luise von Koburg †.** Eine in Brüssel eingelaufene Depesche aus Wiesbaden meldet den Tod der Prinzessin Luise, der Tochter des Königs Leopolds II. Die Prinzessin Luise, die jetzt im Alter von 65 Jahren verstorben ist, hat durch ihre Liebesaffäre mit dem ungarischen Abenteurer Geza Mattaschich, der sie nach ihrer 1906 erfolgten Scheidung von dem Herzog Philipp von Koburg aus einem Sanatorium entführte und heiratete, viel Aufsehen in der Öffentlichkeit gemacht.

*** Pelztierjagd im nördlichen Eismeer.** Die Insel Nowaja Semlja ist das Ziel einer Expedition zur Jagd auf Pelztiere, die von den Fischereiunternehmungen in Archangelsk und an der Marmurküste ausgerüstet wird. Die deutsche Firma Boltenhagen stellt zu dieser Expedition 20 zweckentsprechend ausgerüstete Schiffe zur Verfügung. Die Jagd soll hauptsächlich auf Seehunde und Walrosse unternommen werden.

Handels-Rundschau.

Vertagung der Osteuropäischen Holztechnischen Messe und Holzkonferenz. Der Arbeitsausschuß der Osteuropäischen Holzmesse Königsberg Pr., dem Vertreter der gesamten deutschen Holzwirtschaft angehören, hat in einer in Berlin abgehaltenen Tagung den Beschluß gefaßt, die auf die Zeit vom 25. bis 28. März 1924 anberaumte Osteuropäische Holztechnische Messe und Holzkonferenz zu vertagen. Maßgebend für diesen schwerwiegenden Entschluß waren wichtige außenpolitische Momente, insbesondere in den letzten Tagen aus dem Auslande eingegangene Mitteilungen und zwingende Gründe innenwirtschaftlicher Natur.

Der Mißerfolg der polnischen Ausfuhrerlaubnis für Getreide auf Konto der Vermögensabgabe wird vom Senator Szuldrzyński im „Dziennik Poznański" damit erklärt, daß nur Getreide von hervorragender Qualität angenommen worden sei, während die allgemeine Qualität der Ernte sehr mittelmäßig war. Deshalb hätten die Landwirte darauf vorbereitet sein müssen, daß die nach Danzig gelieferten Mengen ihnen zum Teil wieder zur Verfügung gestellt werden müssen.

Das vorläufige Jahresausfuhrkontingent für Räucherwaren wurde auf 3000 Tonnen und für Fleischkonserven und Pasteten auf 400 Tonnen festgesetzt. Genehmigungen werden nur großen Firmen auf Grund von Gutachten des Industriedepartements des Handelsministeriums erteilt — ohne Ausfuhrabgaben unter Abgabe von 75 Prozent der aus der Ausfuhr von Räucherwaren und 60 Prozent der aus der Ausfuhr von Konserven erzielten Devisen an den Fiskus. Eine endgültige Entscheidung ist aber noch nicht getroffen worden.

Ausfuhrverbot für den französischen Franken. Die französischen Banken sind von dem französischen Finanzminister angewiesen worden, in Zukunft den ausländischen Bankinstituten keine Beträge an Franken mehr zur Verfügung zu stellen.

Holzlizitations-Termin in Ostromecko.

Am Mittwoch, den 12. März, von vormittags 9 Uhr ab, kommen im Bahnhofs-Restaurant Stoeckmann zu Ostromecko aus 4 Schutzbezirken der Gräflichen Oberförsterei folgende Nutz- und Brennhölzer öffentlich meistbietend gegen Barzahlung zur Versteigerung: 2380

1. Aus Schutzbezirk Ostromecko ca. 150 rm Ki.-Kloben, 100 rm Ki.-Stockholz.
2. Aus Schutzbezirk Marienpark (am Sabaster) ca. 80 rm Erlen-Kloben, 20 rm Erlen-Nutzrollen à 2 m lang, 50 rm Erlen-Reisig III. Klasse.
3. Aus Schutzbezirk Schoenborn ca. 100 rm Ki.-Kloben, ca. 155 fm Ki.-Nutzholz I.—IV. Klasse (evtl. in kleinen Losen).
4. Aus Schutzbezirk Neptowo ca. 100 rm Ki.-Stockholz.

Bedingungen werden vor dem Termin bekanntgegeben. Ein freihändiger Holzverkauf findet bis auf weiteres nicht mehr statt.

Ostromecko, den 4. März 1924.

Der Oberförster der Grafschaft Ostromecko.
Werner.

Aus technischen Gründen bitten wir unsere geschätzten Inserenten, für die Sonntags-Nummer bestimmte

größere Anzeigen

uns spätestens bis Donnerstag nachmittag resp. Freitag früh einer jeden Woche in Auftrag zu geben.

Geschäftsstelle „Deutsche Rundschau".

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 5. März.

Hirtenbrief des Generalsuperintendenten.

Zu einer würdigen Feier der Passionszeit fordert ein Hirtenbrief auf, den Generalsuperintendent D. Blau soeben erlassen hat, und der am vorigen Sonntag von sämtlichen Kanzeln der unierten evangelischen Kirche in Polen bekanntgegeben wurde. Darin wird u. a. ausgeführt:

Es ist leider eine weithin verbreitete, auch in unseren Kreisen eingerissene Unsitte, diese Zeit um Fastnacht mit lärmenden Vergnügungen und Mummenschanz aller Art zu begehen, ja bis in die Passionszeit hinein rauschende Lustbarkeiten zu veranstalten. Wie reimt sich das mit der Richtung, die unsere Gedanken eben jetzt nehmen sollten? Auch nach einer anderen Seite ist die Zeit hierzu so ungeeignet wie möglich. Unsere Alten und Armen frieren und hungern, dürfen wir da solchen unnützen Aufwand machen? Unsere Kirche und ihre Anstalten leiden Not — — sind irgendwelche Klagen über die hohen Leistungen, die sie von ihren Gliedern fordern, noch berechtigt, solange Mittel zu solchen zum mindesten höchst überflüssigen Ausgaben vorhanden sind? Nein, die Zeit ist zu ernst, die Aufgaben unserer Kirche zu groß, die wirtschaftliche Not von heute zu schwer, als daß wir sollten Freude haben an solchen Vergnügungen. Laßt uns mit der Tat bezeugen, daß wir uns größerer Aufgaben bewußt sind und unsere Ehre darein setzen, „nicht mit der Welt zu laufen in dasselbe wüste unordentliche Wesen", sondern vielmehr unserem Heiland nachzufolgen auf dem schmalen Wege der Selbstverleugnung und des Gehorsams gegen den Willen unseres himmlischen Vaters."

Verbandstag des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften in Großpolen.

Auf dem am 26. Februar im großen Saale des Evang. Vereinshauses in Posen abgehaltenen Verbandstage wurde hauptsächlich über Satzungsänderungen verhandelt. Erschienen waren etwa 200 Genossenschafter. Der Antrag auf Aufhebung der jetzt geltenden Verbandssatzung und Annahme einer neuen Satzung, die sich derjenigen des Raiffeisenverbandes anpaßt, wurde von dem Verbandsdirektor eingehend begründet. Nachdem eine längere Aussprache stattgefunden hatte, fand die Abstimmung statt. Mit „Ja" stimmten 47, mit „Nein" 79 bevollmächtigte Vertreter. Von Gutsbesitzer Schmekel, Wiskitno, wurde darauf folgender Antrag gestellt: „Bis zur Generalversammlung der Provinzial-Genossenschaftskasse ist ein vollkommenes Einigungsprogramm gemeinsam mit Raiffeisen auszuarbeiten mit neuen Bedingungen und der Generalversammlung der Provinzial-Genossenschaftskasse, wie einem außerordentlichen Verbandstage zur Beschlußfassung vorzulegen." Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Sodann erstattete Verbandsdirektor v. Klitzing seinen Jahresbericht und legte dann sein Amt als Verbandsdirektor nieder. Dr. Reiners erklärte gleichfalls, daß er sein Amt als Geschäftsführer des Verbandes niederlege. Ferner erstattete Pastor Rückert, Mur. Goslina, den Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung des Verbandes und beantragte deren Genehmigung sowie die Entlastung des Vorstandes. Diesem Antrage wurde einstimmig stattgegeben. Die weiteren Punkte der Tagesordnung — Generalrevisionsbericht und Neuwahlen für die ausscheidenden Ausschuß-Mitglieder — wurden bis zu dem außerordentlichen Verbandstage, der voraussichtlich im Mai laufenden Jahres stattfinden wird, zurückgestellt. Auf diesem Verbandstage soll auch die Ersatzwahl für den Verbandsvorstand erfolgen. Die Geschäfte des Verbandes werden einstweilen von dem stellvertretenden Verbandsdirektor Hallstein geleitet.

§ **Optionen von Oberschlesiern.** Den Oberschlesiern, die auf dem Gebiet der Stadt Bromberg ihren Wohnsitz haben und auf Grund der Art. 25 und 26 der deutsch-polnischen Konvention vom 15. 5. 22 (Dz. Ust. Nr. 44 Poz. 371) über Oberschlesien polnische Staatsangehörige geworden sind, bringt der Stadtpräsident zur Kenntnis, daß ihnen bis zum 15. Juli d. J. das Recht zusteht, für Deutschland zu optieren. Die für die Entgegennahme der Optionserklärungen zuständige Behörde in Polen ist das Optionsbureau der Schles. Wojewodschaft in Kattowitz. Indessen können Optionserklärungen von Interessenten in Bromberg auch im Polizeiamt, Burgstraße (Grodzka) 32, Zimmer 12, niedergelegt werden.

§ **Zur Erhöhung der Verzugsstrafen bei Versäumnis der Fristen zu Steuerzahlungen** gibt das Finanzministerium im Anschluß an die gestern mitgeteilte Verfügung die nachstehenden Beispiele: Ein Steuerzahler entrichtet am 5. März die Gewerbesteuer vom Umsatz im Januar, die spätestens am 15. Februar angenommen in Höhe von 100 Goldfrank fällig war. Er muß außer der Steuer eine Erhöhung von 0,50 Prozent auf 100 Frank oder 0,50 Frank täglich für die Zeit vom 25. Februar bis zum 4. März einschl., also für 9 Tage, im ganzen 4,50 Goldfrank bezahlen, außerdem die Verzugszinsen für einen Monat in Höhe von 2 Prozent, das heißt 2 Goldfrank. 2. Ein Steuerzahler, der am 5. Mai die fällige Einkommensteuer in Höhe von 1000 Frank abführt, zugleich mit der Abgabe der Erklärung, was spätestens am 23. April hätte erfolgen müssen, hat demnach außer der Steuer eine Erhöhung von 0,50 Prozent für 100 Frank, das heißt 5 Goldfrank täglich für die Zeit vom 24. April bis zum 4. Mai einschl., also für 11 Tage, zusammen 55 Goldfrank zu bezahlen. Verzugszinsen werden in diesem Falle nicht angerechnet, da vom Ablauf der Zahlungsfrist bis zum Tage der Einzahlung noch nicht die im Artikel 2 des Gesetzes vom 9. März 1923 über Verzugszinsen vorgesehenen 14 Tage verstrichen sind.

§ **Amtliche Feststellung der Teuerungsabnahme.** Die statistische Kommission bei der Posener Wojewodschaft stellte betreffs der Kosten des Unterhalts für die zweite Februarhälfte gegenüber der ersten Hälfte Februar eine Verbilligung um 4,61 Prozent fest. Für den ganzen Monat Februar war im Verhältnis zum Vormonat eine Ermäßigung um 9,68 Prozent zu verzeichnen. In der Stadt Posen wurde ein Herabgehen der Teuerung um 8,08 Prozent ermittelt.

§ **Die Grenzscheide zwischen dem Fastnachtsdienstag und Aschermittwoch** ist in vergangener Nacht überschritten worden, hoffentlich überall ohne Reibungen und Unstimmigkeiten. Den Tagen und Wochen lebenslustigen Genießens und öfter auch leider übermütiger Ausgelassenheit folgt nunmehr eine mehrwöchige Periode der Entspannung, Ruhe und Selbstbesinnung, da in der Passions- und Fastenzeit rauschende Festlichkeiten zu unterbleiben haben. Erst um die Osterwende können wieder festfreudigere Stimmungen platzgreifen; diese werden sich aber nicht ausleben in überfüllten Tanzsälen, sondern in der dann hoffentlich in frischem Grün prangenden freien Natur.

§ **Eine Haustiersteuer in Aussicht.** Der Ministerrat in Warschau nahm einen Gesetzentwurf über die Haustiersteuer in ganz Polen an. Die Einnahme aus dieser Steuer wird zur Bestreitung der Kosten der Seuchenbekämpfung, zum Unterhalt der tierärztlichen Verwaltung und zur Hebung der Haustierzucht bestimmt. Besteuert werden: Pferde, Esel, Maultiere, Hornvieh, Schweine, Kleinvieh — ohne Rücksicht auf die Stückzahl — und Hausgeflügel beim Vorhandensein von mindestens 20 Stück an. Steuerfrei sind zu eigenem Gebrauch bestimmte Haustiere. Die Höhe der Steuer beträgt 1 Prozent des geschätzten Preises. Zur Zahlung der Steuer verpflichtet ist der zur Schlachtung oder zum Transport des Tieres Berechtigte. Steuerhinterziehung wird auf dem Verwaltungswege mit einer Strafe bis zur Höhe des dreifachen Betrages der hinterzogenen Steuer geahndet. Die Steuer wird auch in Form einer Kopfsteuer von Wirtschaftstieren erhoben, wobei der Steuerbetrag höchstens 0,5 Prozent des durch Schätzung festgestellten Wertes der Tiere beträgt. (Dieser Wert wird jährlich vom Landwirtschaftsministerium bekanntgegeben.)

§ **Wegen Veröffentlichung der Wetterberichte** ist der Magistrat wiederholt angegangen worden. Die Angelegenheit stand auf der Tagesordnung der Magistratssitzung vom 20. Februar, das Ergebnis war indessen ein negatives, der Magistrat kann den bezüglichen Wünschen nicht entsprechen, da ihm dazu die Mittel fehlen; dagegen sei er bereit, die Berichte im Stadtanzeiger zu veröffentlichen. — Diese Nachricht, die wir in dem amtlichen Bericht über die Magistratssitzung vom 20. Februar im Stadtanzeiger finden, mutet einen wie ein Fastnachtsscherz an. Die Wetterberichte haben nur Wert, wenn sie alle Tage erscheinen; was soll eine Veröffentlichung im Stadtanzeiger, der bekanntlich nur einmal wöchentlich erscheint?

§ **Der heutige Wochenmarkt** auf dem Friedrichsplatz (Stary Rynek) wies eine gute Anfuhr und auch recht regen Verkehr auf. Gefordert und gezahlt wurden in den frühen Vormittagsstunden folgende Durchschnittspreise: Butter 2,8—3,3 Mill., Eier 3 Mill., Gänse 10—12 Mill., Puten 9 Mill., Enten 6—8 Mill., Hühner 4—5 Mill., Tauben (Paar) 1 Mill. Weißkäse 400 000—600 000, Tilsiter 1,6 Mill., Zwiebeln 800 000, Äpfel 400 000—900 000, Rotkohl 300 000, Weißkohl, Mohrrüben und Rote Rüben 250 000, Wruken 200 000 Mark.

§ **Der nächste Jahrmarkt für Pferde und Rindvieh** in Bromberg findet, wie uns die Viehhofdirektion mitteilt, erst am 8. April d. J. statt und nicht, wie in Kalendern angegeben, am 8. März d. J.

§ **Eine weitere Ermäßigung des Gaspreises** um 10 Prozent hat der Magistrat in seiner Sitzung vom 27. Februar beschlossen. Die Ermäßigung ist, wie schon durch Anzeige bekannt gegeben, am 1. März eingetreten.

§ **Festgenommen** wurden gestern eine Person wegen Diebstahls und eine Sittendirne.

*

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

Gauverband Bromberger Männerchöre. Donnerstag, 8 Uhr abends, Vorstandssitzung im Zivilkasino, zu der auch die Herren Dirigenten gebeten werden. (5685

Związek Muzyków. Donnerstag, vormittags 11 Uhr, Versammlung im Ognisko, Jagiellońska. (5697

* *

b. **Bartschin** (Barcin), 3. März. Die am 29. Februar abgehaltene Holzauktion in Sczepanowo erzielte folgende Preise: Klobenholz 25—30 Millionen pro Meter, Bauholz erster und zweiter Klasse 30—40 Millionen, dritter Klasse 20—30 Millionen je Festmeter. — Brennholz ist sehr teuer, so daß die Landwirte für eine Klafter 10—15 Zentner Roggen anlegen müssen, während man sie früher mit 3—4 Zentner bekam.

* **Inowroclaw,** 4. März. Der Magistrat hat, wie schon erwähnt, erfreulicherweise die Gas- und Elektrizitätspreise für Februar gegenüber den Januarpreisen herabgesetzt. Ein Vergleich dieser neuen Preise mit den in anderen Städten für Februar festgesetzten Preisen lehrt uns jedoch, so schreibt der „Kuj. B.", daß wir in dieser Hinsicht immer noch sehr weit an der Spitze marschieren. So kostet bei uns 1 Kubikmeter Gas 950 000 M., während dafür in Dirschau 486 000 M., in Thorn 540 000 M. und in Bromberg 570 000 M. berechnet wird. Ähnlich verhält es sich mit den Elektrizitätspreisen: während von uns 1 500 000 M. für die Kilowattstunde verlangt wird, zahlt Dirschau dafür nur 774 000 und Thorn 1 080 000 M.

b. **Znin,** 3. März. Der am 28. Februar abgehaltene Jahrmarkt war gut besucht. Pferde waren reichlich vorhanden und kosteten 1—2 Milliarden. Die Kauflust war aber wegen Geldknappheit nur gering, so daß im ganzen nur drei Pferde auf dem ganzen Markte verkauft wurden. Vieh war wegen Sperre, die jetzt noch im Kreise verschärft ist, nicht aufgetrieben; im allgemeinen aber sind Kühe auf den halben Preis heruntergegangen, so daß man jetzt sie mit 600—800 Millionen handelt. Die Preise für Fettschweine sind im Steigen begriffen; sie kosten 100 Millionen Zentner, Ferkel 30—35 Millionen. — Der Krammarkt war reichlich beschickt, aber die Kauflust nur gering. — Der Landwirtschaftliche Kreisverein Znin beging am 27. Februar sein diesjähriges Wintervergnügen. Nach einer Ansprache des Vorsitzenden, Herrn Rost-Byskupin, verlief das Fest sehr anregend bei Gesang, Theateraufführungen und Tanz.

*

Kongreßpolen und Galizien.

* **Lodz,** 3. März. Wie Bauern, die zum Markt nach der Stadt Pabianice kamen, erzählten, wurde ein Bauer, der mit seiner Frau und einem Kinde im Schlitten nach der Stadt fuhr, in der Gegend von dem 10 Kilometer von Pabianice entfernten Dorfe Markówka (Hochwald) von Wölfen zerrissen. Der Bauer tat die Unvorsichtigkeit, beim Nahen der Bestien den Schlitten zu verlassen, um sie zu verscheuchen. Da die Pferde aber vor Schrecken davongalopierten, blieb er seinem Schicksal überlassen, ohne sich retten zu können. Die Frau und das Kind sind mit dem bloßen Schrecken davongekommen. Als man nach einer Stunde die Stelle aufsuchte, fand man nur noch Knochenreste vor. Im Lasker Walde wurden ganze Rudel Wölfe gesehen. Hier gelang es auch dem Landwirt Radke aus Kocuszew, einen Wolf, der einem Wagen nachjagte, zur Strecke zu bringen. Radke glaubte es mit einem tollen Hunde zu tun gehabt zu haben und erst die älteren Dorfbewohner stellten beim Anblick des Kadavers fest, daß es sich um einen Wolf handelt. Auch in den im Süden von Pabianice gelegenen Wäldern wurden Wölfe gesehen. Hier fiel ein Förster, der von dem Gute Kluki nach Dlutow ging, ihnen zum Opfer. Ein gewisser Skowronski aus Pabianice, der durch den Dluower Wald ging, wurde gleichfalls von Wölfen überfallen, und nur mit Mühe gelang es ihm, sich zu retten.

Handels-Rundschau.

Doppelte Manipulationsgebühren werden nach einer vom 15. v. M. in Kraft getretenen Verfügung des Finanzministers in den Fällen erhoben, wo die Zolldeklaration als nicht vollständig angesehen wird. Diese Gebühr beträgt von Waren, die dem Zolltarif unterworfen sind, 10 Prozent der allgemeinen Zollabgabe, von nicht dem Zolltarif unterliegenden Waren 2 Prozent vom Wert der Waren, der, wenn keine genügenden Erklärungen über die ausgeführten Waren beiliegen, nach dem Marktpreise bestimmt wird.

Geldmarkt.

Valorisationsfrank für den 6. März 1 800 000 Mp.

Die polnische Mark am 5. März. Danzig 0,633—0,637, Auszahlung Warschau 0,621—0,624; Prag 3,10—3,90, Auszahlung Warschau 3,45—4,25; Wien 72—82; London 39 000 000.

Warschauer Börse vom 5. März. Schecks und Umsätze: Belgien 386 000—332 600, Holland 3 470 000, London 40 250 000 bis 39 907 000, Neuyork 9 850 000—9 300 000, Paris 382 500—379 500, Schweiz 1 620 000—1 611 000, Prag 270 950—264 450, Wien 132,00 bis 131,00, Italien 402 250—399 900, Goldfrank 1 796 000. — Devisen (Barzahlung und Umsätze): Dollar der Vereinigten Staaten 9 350 000—9 300 000, franz. Franken 380 000.

Amtliche Devisenkurse der Danziger Börse vom 4. März. In Danziger Gulden wurden notiert für: Verkehrsfreier Scheck: Warschau (1 000 000) 0,621 Geld, 0,624 Brief. Banknoten: 100 Billionen Reichsmark 128,927 Geld, 129,573 Brief, 100 Rentenmark 130,17 Geld, 130,826 Brief, 1 000 000 polnische Mark 0,633 Geld, 0,637 Brief. Telegr. Auszahlungen: London 1 Pfund Sterling 25,00 Geld, 25,00 Brief, Berlin 100 Billionen Reichsmark 129,301 Geld, 129,949 Brief, Neuyork 1 Dollar 5,8005 Geld, 5,8295 Brief, Zürich 100 Franken 100,65 Geld, 101,15 Brief, Paris 100 Franken 23,19 Geld, 23,31 Brief.

Berliner Devisenkurse.

Für drahtlose Auszahlungen in Mark	In Billionen 4. März Geld	Brief	In Billionen 3. März Geld	Brief
Amsterdam . . 100 Fl.	156,61	157,39	156,61	157,39
Buenos-Aires . 1 Pes.	1,435	1,445	1,435	1,445
Brüssel-Antw. 100 Frc.	14,96	15,04	15,36	15,44
Christiania . . 100 Kr.	52,36	57,64	56,11	56,39
Kopenhagen . . 100 Kr.	66,37	66,63	66,37	66,63
Stockholm . . . 100 Kr.	109,72	110,28	109,72	110,28
Helsingfors 100 finn.M.	10,57	10,63	10,57	10,63
Italien . . . . 100 Lira	18,15	18,25	18,15	18,25
London . . 1 Pfd. Strl.	18,055	18,145	18,055	18,145
Neuyork . . . . 1 Doll.	4,19	4,21	4,19	4,21
Paris . . . . . 100 Frc.	17,16	17,24	17,66	17,74
Schweiz . . . . 100 Frc.	72,82	73,18	72,82	73,18
Spanien . . . 100 Pes.	52,47	52,73	52,67	52,93
Lissabon . . 100 Escudo	14,46	14,54	14,46	14,54
Japan . . . . . . 1 Yen	1,895	1,905	1,895	1,905
Rio de Janeiro 1 Milr.	0,495	0,505	0,495	0,505
Wien . . . . 100 000 Kr.	6,38	6,42	6,28	6,32
Prag . . . . . . 100 Kr.	12,21	12,29	12,21	12,29
Jugoslavien 100 Dinar	5,68	5,72	5,68	5,72
Budapest . . 100 000 Kr.	7,48	7,52	7,48	7,52
Sofia . . . . . 100 Leva	3,39	3,41	3,39	3,41
Danzig . . . 100 Gulden	72,21	72,59	72,21	72,59

Züricher Börse vom 5. März. (Amtlich.) Neuyork 5,78, London 24,82, Paris 23,65, Wien 0,00816, Prag 16,70, Italien 24,75, Belgien 20,50, Holland 215,25, Berlin 1,29½.

Die Landesdarlehnskasse zahlte heute für 1 Goldmark 2 191 000, 1 Silbermark 870 000, 1 Dollar, große Scheine 9 230 000, kleine 9 137 000, Sterling 39 450 000, franz. Franken 370 000, Schweizer Franken 1 590 000, Zloty, Serie 2 1 400 000.

Aktienmarkt.

Kurse der Posener Börse vom 4. März. (Notierungen in 1000 Prozent.) Bankaktien: Kwilecki, Potocki i Ska. 1. bis 8. Em. 650. Bank Przemysłowców 1.—2. Em. 1000—1050—1025. Bank Zw. Spółek Zarobk. 1.—11. Em. 2600—2550. Polski Bank Handl., Poznań, 1.—9. Em. 775. Pozn. Bank Ziemian 1.—5. Em. 250. — Industrieaktien: Arcona 1.—5. Em. 500. Browar Krotoszyński 1.—5. Em. 900. H. Cegielski 1.—9. Em. 275—270. Fabr. Mebli i Obróbki Drzewa Swarzędz 1.—2. Em. 80. Goplana 1.—3. Em. 430. Hartwig Kantorowicz 1.—2. Em. 1300. Homosan 1.—5. Em. 70—65. Hurtownia Związkowa 1.—5. Em. 40. Hurtownia Skór 1.—3. Em. 120. Herzfeld-Viktorius 1.—3. Em. 1700 bis 1675. Hurt. Spółek Spożywców 1.—2. Em. 190. Iskra 1. bis 3. Em. (exkl. Kupon) 700. Lubań, Fabryka przetw. ziemn. 1. bis 4. Em. 22 000. Marynin Zakł. ogrodn. w Warszawie 130. Dr. Roman May 1.—4. Em. 9450—9500. Młyn Ziemiański 1.—2. Em. 390. Młynotwórnia 1.—5. Em. 375. Płótno 1.—3. Em. 195—200. Papiernia, Bydgoszcz, 1.—4. Em. 190—200. Pozn. Spółka Drzewna 1.—7. Em. 520—510. Pneumatik 1.—4. Em. 50—47,5. Tri 1.—3. Em. 1550—1600. „Unja" (früher Bentzki) 1. u. 3. Em. 2700—2800. Wisła, Bydgoszcz, 1.—3. Em. 4400—4600. Wojciechowo Tow. Akc. 1. bis 3. Em. (exkl. Kupon) 280. Wytwornia Chemiczna 1.—6. Em. 120 bis 100. Zjed. Browary Grodziskie 1.—4. Em. 500. Tendenz: behauptet.

Produktenmarkt.

Danziger Getreidenotierung (amtlich) vom 4. März. Ohne Geschäft.

Berliner Produktenbericht vom 4. März. Amtliche Produktennotierungen per 1000 Kg. ab Station. Weizen 162—167, Tendenz beständig, Roggen märk. 130—137, beständig, Braugerste 175—185, Futtergerste 150—155, ruhig, Hafer märk. 112—122, pommerscher 113—122, ruhig, Weizenmehl für 100 Kg. brutto 24½—26¾, beständig, Roggenmehl für 100 Kg. brutto 21—23¼, beständig, Weizenkleie 9—9,20, fest, Roggenkleie 7—7,10, matter, Raps 2,95, still, Leinsaat 4—4,10, still, Viktoriaerbsen 27—28, kleine Speiseerbsen 17 bis 18,50, Futtererbsen 12—13, Peluschken 11,75—12,50, Ackerbohnen 13 bis 15, Wicken 14,50—15,50, blaue Lupinen 13—14,50, gelbe Lupinen 16—16,50, Serradelle 14—15, Rapskuchen 10,80—11, Leinkuchen 22 bis 23, Trockenschnitzel prompt 8,10—8,20, Zuckerschnitzel 16—22, Kartoffelflocken 17,25—17,50.

Nichtamtliche Rauhfutternotierungen per 100 Kg. ab Station. Weizen- und Roggenstroh drahtgepreßt 0,65—0,80, Haferstroh do. 0,50—0,60, Roggen- und Weizenstroh bindfadengepreßt, gebündeltes Roggenlangstroh je nach Frachtlager, Heu gutes 1,20—1,50, do. handelsüblich 0,90—1,15, Kleeheu lose 2—2,30.

Viehmarkt.

Bromberger Schlachthausbericht vom 5. März. Geschlachtet wurden am 1. März: 13 Stück Rindvieh, 30 Kälber, 138 Schweine, 5 Schafe, 4 Ziegen, — Pferde: am 4. März: 57 Stück Rindvieh, 78 Kälber, 175 Schweine, 46 Schafe, 4 Ziegen, 1 Pferd.

Es wurden den 4. März folgende Engrospreise für 1 Pfund notiert:

Rindfleisch:		Schweinefleisch:	
I. Kl.	1 250 000—1 500 000 M.	I. Kl.	1 100 000—1 250 000 M.
II. „	1 000 000—1 100 000 M.	II. „	1 100 000—1 125 000 M.
III. „	—,— M.	III. „	1 025 000—1 030 000 M.
Kalbfleisch:		**Hammelfleisch:**	
I. Kl.	1 200 000—1 275 000 M.	I. Kl.	1 200 000—1 200 000 M.
II. „	1 100 000 M.	II. „	1 000 000 M.
III. „	—,— M.	III. „	—,— M.

Danziger Schlachtviehmarkt. Amtlicher Bericht vom 4. März. In Gulden. Ochsen, vollfleischige, jüngere und ältere 40—44; Bullen, ausgem. höchsten Schlachtwerts 47—48, vollfleischige, jüngere und ältere 40—43; ausgemästete Färsen und Kühe höchsten Schlachtwerts 48—50, vollfleischige Färsen und Kühe 39—42, jüngere Kühe und Färsen 30—38, Jungvieh einschl. Fresser 30—40; gute Mastkälber 65—75, mittlere Mast- und gute Saugkälber 35—38, geringe Mast- und Saugkälber 20—30; Mastlämmer und junge Masthammel 36—38, vollfleischiges Schafvieh 28—30; Fettschweine über 150 Kg. Lebendgewicht 64—65, vollfleischige von 120—150 Kg. Lebendgewicht 61—63, fleischige von 80—100 Kg. Lebendgewicht 57—60. Marktverlauf: Rinder langsam, nicht geräumt, Kälber langsam, Schafe langsam, Schweine geräumt. — Die notierten Preise sind Schlachthofpreise. Die Erzeugerpreise (ab Verladestation) sind etwa 15 Prozent geringer.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 4. März 1924 in Zawichost — (1,56), Warschau — (1,82), Plock — (1,30), Krakau — (1,58), Thorn 1,21 (1,22), Fordon 0,88 (0,92), Culm 1,50 (1,72), Graudenz 1,56 (1,60), Kurzebrak 1,56 (1,52), Montau 0,90 (0,70), Piekel 0,72 (0,63), Dirschau 0,64 (1,58), Einlage 1,96 (1,98), Schiewenhorst 2,20 (2,22) Meter. Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki, Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.